

## GASTBEITRAG

# Deutschlands Abstieg vom Weltwirtschaftsplateau

VON MAX DIETRICH KLEY

**Börsen-Zeitung, 15.7.2011**

Die wohl erfolgreichste deutsche Politikerin ist derzeit Christine Lagarde. Als französische Finanzministerin hatte die jetzige IWF-Chefin Deutschland wegen der hohen Exportüberschüsse getadelt. Daraufhin hat die Bundesregierung sofort energische Maßnahmen ergriffen, um diese Überschüsse kurz-, aber auch insbesondere mittelfristig zu reduzieren. Mit dem Moratorium für acht Kernkraftwerke in Deutschland würde deutscher Stromexport von rund 3 000 bis 4 000 Megawatt (MW) ersetzt durch Stromimporte in Höhe von rund 3 000 MW. Das verändert die deutsche Zahlungsbilanz konsolidiert um rund 3 Mrd. Euro pro Jahr, ein schöner Erfolg.

Mit dem Energiewendepaket werden die Belastungen der deutschen Wirtschaft deutlich zunehmen, Arbeitsplätze werden verloren gehen, Investitionen werden am deutschen Standort nicht getätigt. Die Exportüberschüsse werden demgemäß in den nächsten zehn Jahren weiter reduziert. Gegenüber dem Papier der Energiewende ist ein Scherbenhaufen ein Muster an stringenter Architektur und purer Ästhetik.

### Kopflöse politische Führung

Wie konnte es dazu kommen? Wie jedermann weiß, ist das Risiko für Erdbeben der Stufe 9 und das Risiko eines Tsunamis in Deutschland äußerst gering. Die Reaktion der deutschen Regierung hat demgemäß mit Rationalität nichts mehr zu tun, es handelt sich um eine rein emotionale Entscheidung. Man fragt sich, ob es in der ganzen Regierung denn nicht eine einzige Persönlichkeit gibt, die für etwas mehr Überlegung plädiert und für einen rationalen Entscheidungsprozess in Berlin sorgt. Auch wenn angeblich der größte Teil der Bevölkerung nach Fukushima einen Ausstieg befürwortet, muss man doch von der Politik Führung und nicht Kopflösigkeit verlangen.

Um die Wahlen in Baden-Württemberg kann es eigentlich nicht gegangen sein. CDU-Kandidat Mappus hat mit über 39 % Stimmen ein sehr beachtliches Ergebnis erreicht – was Merkel nie mehr erreichen wird.

Vielleicht wäre das Ergebnis noch besser gewesen, wenn nicht in der Ausstiegsfrage der Eindruck des grundsatzlosen Opportunismus in Berlin entstanden wäre. Die Äußerungen von Frau Merkel, Herrn Röttgen und Herrn Brüderle ließen diesen Eindruck entstehen. Überhaupt muss man die CDU fragen, warum sie den grundsatzlosen Opportunisten Röttgen nicht längst „entsorgt“ hat. Sein katastrophaler Wahlkampf hat Tausende von CDU-Wählern in NRW veranlasst, zu Hause zu bleiben. Wer den „Arbeiterführer Rau“ als Vorbild darstellt, – Rau hat sich nie als solcher gesehen – wird als CDU-Spitze schnell vom Erben zum Enterbten.

Verloren hat die Wahl in Baden-Württemberg die FDP, und zwar deshalb, weil sie keinen Wahlkampf geführt hat. Deshalb ist es auch hier höchste Zeit für einen Personalwechsel. Birgit Homburger ist ja aus der eigenen Partei auf die Parteiprogramme der Roten und Grünen hingewiesen worden, die eine Mobilisierung der eigenen Anhänger hätten bewirken können: Vermögensabgabe, Vermögensteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Abschaffung des Ehegattensplitting, Gewerbesteuer für Freiberufler, Bürgerversicherung (zu Deutsch: Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze). Man fragt sich, ob die wegen Stuttgart 21 demonstrierenden Wohlstandsdamen vom Killesberg auch dann Grün gewählt hätten, wenn ihnen klar gewesen wäre, dass über kurz oder lang nach 2013 ihr Häuschen auf Mallorca weggesteuert ist. Es wäre gut, wenn die FDP diese Themen publizistisch aufgreift und den Wählern die Folgen dieser sozialistischen Enteignungspolitik von Rot-Grün vor Augen führt. Denn Frau Merkels Avancen in Sachen Schwarz-Grün sind doch Chimäre.

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel und Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin wollen die sozialistische Republik Deutschland und werden sie bei ausreichenden Stimmen 2013 auch umsetzen. Darauf deuten die parallel erarbeiteten steuerpolitischen Vorschläge und die Vorschläge zur Bürgerversicherung in beiden Parteien hin; oder auch der Gesetzgebungsentwurf der Sozialdemokra-

ten für die Erweiterung der Mitbestimmung durch u. a. Abschaffung des Zweitstimmrechts der Aufsichtsratsvorsitzenden. Zwar verfassungsrechtlich unzulässig, aber bis dahin wird man ja aufgrund unseres maroden Richterwahlsystems das Verfassungsgericht hinreichend umbesetzt haben.

### In der Würgespirale

Die Kanzlerin hat die Energiewende als eine politische Grundsatzentscheidung bezeichnet, in ihrer Bedeutung gleichzusetzen etwa mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft. Dem kann man nur zustimmen. Die Energiewende bedeutet die Abkehr von Markt und Wettbewerb im Versorgungssektor und den Übergang zur Plan- und Staatswirtschaft. Wahrscheinlich hätte selbst die alte DDR unter Erich Honecker sich nicht getraut, den Energiemix für die nächsten 20, 30, 40 Jahre vorzugeben oder den Abbau von CO<sub>2</sub>-Emissionen punktgenau zu beschreiben. Die bürgerliche Bundesregierung wagt so etwas. Ein solcher Plan führt in Zukunft zu ständig neuen Staatseingriffen in die Wirtschaft. Da diese Eingriffe nicht widerspruchsfrei sind und sein können, wird dies in einer Würgespirale für Deutschland enden.

### Zersplitterte Netzlandschaft

Dazu einige Beispiele: Die Windenergie, insbesondere die Offshore-Windenergie, wird viel langsamer kommen als im Plan unterstellt. Abgesehen von den Schweinswalen sind die technischen und finanziellen Probleme der potenziellen Investoren bekannt.

Selbst wenn die Investitionen rechtzeitig kämen, fehlte es an den Leitungen. Der oft gescholtene oder gar verspottete Wirtschaftsminister Michael Glos hat damals klar gesehen, dass für den einheitlichen europäischen Markt die zersplitterte deutsche Netzlandschaft nicht konkurrenzfähig ist. Er hat damals die Deutsche Netz AG angeregt. Während Eon und Vattenfall sich dafür offen zeigten, EnBW wohl letztendlich mitgemacht hätte, hat RWE kurzschichtigerweise ihr Integrationsmodell als Wettbewerbsvorteil gese-

hen. Auf die an das Kanzleramt herantragene Bitte, auf RWE einzuwirken, – zwei Hebel gab es damals – hat das Amt abgewinkt. Ich habe darauf sofort mein Moderatorenamt niedergelegt.

Eon hat bekanntlich an Tennet verkauft, eine Gesellschaft in 100-prozentigem niederländischen Staatsbesitz, Vattenfall an Telia (heute 50Hertz), eine Gesellschaft in überwiegendem Besitz des belgischen Staates. EnBW wird von den Grünen in Baden-Württemberg gedrängt, zu verkaufen, – an wen auch immer – und RWE hat inzwischen erkannt, dass Netzbesitz hohe Investitionen erfordert, die sich wegen der Regulierungsbehörde nicht rechnen, und will jetzt also auch verkaufen. Wer glaubt denn, dass bei den gedeckelten Renditen der niederländische und der belgische Staat bereit sein werden, den Deutschen aus der Breddouille zu helfen? Wie man hört, sind beide Gesellschaften bereit, zu investieren, nur wenn andere – also z. B. Kapitalsammelstellen – das Geld zur Verfügung stellen. Aber die ersten Gespräche mit der Netzagentur sollen bereits erfolglos verlaufen sein. Und wie steht es um die Speicherung? Jürgen Hambrecht, langjähriger BASF-Chef und Mitglied der Ethikkommission, hat die Frage gestellt, aber keine Antwort bekommen.

Die Windenergie erfordert daneben schnell regelbare Gaskraftwerke zum Abfangen der Volatilitäten und für den Reservebetrieb: Ein solches Gaskraftwerk rechnet sich natürlich

nicht. Also wird es auch keine Investoren geben, es sei denn, der Staat investiert selbst und belastet den Steuerzahler. Die andere Alternative ist genauso übel. Jürgen Trittin hat sie angedeutet, indem er sagte, man müsse einen „Kapazitätsmarkt“ schaffen, also entweder staatliche Garantien oder Anfangssubventionen für den Investor.

### **Drohende Fehlinvestition**

Der Ausbau der Netzwerke soll auch notwendig werden, um den Windkraftstrom vom Norden in den energiehungrigen Süden zu transportieren. Was wird im Süden gebraucht? Grundlastkraftwerke müssen im Süden die Kernenergie ersetzen. Deswegen reist Bayerns Ministerpräsident Seehofer auch schon durch die Gegend und will Gas einkaufen. Der Staat Bayern als Gaseinkäufer! In Bayern ist die Lage verzwickelt. RWE wird im Rahmen der Lechwerke nicht in Gas investieren, das Unternehmen hat dort genügend Strom. In das alte Viag- bzw. heutige Eon-Gebiet müsste Eon investieren. Aber ein solches Gaskraftwerk rechnet sich nicht. Eon hat andere Alternativen im Ausland, und dass Gazprom diese Kraftwerke subventioniert, ist mehr Wunsch als Realität.

### **Lagarde bekommt recht**

In Baden-Württemberg sieht die Sache anders aus, weil die Aktionäre

EnBW zu solchen unwirtschaftlichen Investitionen zwingen können. Darüber wird auch im Südwesten bereits hinter vorgehaltener Hand gesprochen. Unterstellen wir einmal, in Bayern und Baden-Württemberg werden ausreichend Kapazitäten an Gasgrundlaststrom gebaut. Wer braucht dann noch den Netzausbau von Nord nach Süd? Norddeutschland steht dann mit der nicht abgesicherten Windkraftkapazität allein.

Wohin man auch sieht: ein planender Staat ohne Werkzeuge, seine Planung auch zu realisieren! Dass es teuer wird, steht fest, „Erst gehen die Hütten“, sagt ein renommierter Energieberater. Dann gehen die Schmieden, die Pressen, – alles mittelständische Betriebe – dann geht der Edelstahl, Teile der Chemie werden folgen. Das hat im Gegensatz zu seinen Mitgliedsfirmen der derzeitige Präsident des Chemieverbandes VCI noch nicht begriffen.

Das Programm von Christine Lagarde nimmt also Fahrt auf. Die Investitionen in Deutschland gehen zurück, die Arbeitslosigkeit steigt, die Exportüberschüsse verschwinden. Kanzlerin Merkel hat die Energiewende als eine Herkulesarbeit bezeichnet. Aber Herkules hatte übermenschliche Kräfte. Das kann man von Angela Merkel und ihrem Leichtmatrosen Norbert Röttgen wirklich nicht behaupten.

.....  
Max Dietrich Kley Mitglied des Aufsichtsrats der BASF SE